

Im Luxusgefängnis der Kunst

Im Streit um die Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus sucht die linke Stadtregierung nun den eleganten Ausweg. Am Anfang des Debakels steht ihre Gier beim Standortmarketing, schreibt Peer Teuwsen

Diese unglückselige Geschichte fängt schon beim Erweiterungsbau an. Wer sich erfrecht, für 206 Millionen Franken (davon waren 118 Millionen Franken Steuergelder) ein solch bombastisches Luxusgefängnis der Kunst mitten in die Stadt zu stellen, der setzt sich selbst unter gewaltigen Erfolgsdruck. Wer einen David Chipperfield entwerfen und errichten lässt, der kann nur an den höchsten Standards der Branche gemessen werden. Was sagte Christoph Becker bei seiner Berufung zum Direktor des Kunsthauses Zürich im Jahre 2000: «Ich will ein Museum von Weltrang.»

Nun, über zwanzig Jahre später, wissen wir, es klafft eine gewaltige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das Kunsthaus Zürich hat es geschafft, derzeit international als desaströs geführte Institution dazustehen. Nach der Hochzeit zwischen der umstrittenen Sammlung Bührle, die einige der bedeutendsten impressionistischen Werke der Welt enthält, und dem seit dem Erweiterungsbau grössten Kunstmuseum des Landes sprechen einige schon wieder von Scheidung. Wie konnte das passieren?

Vor allem anderen war es der Traum, im künstlerischen Standortmarketing zu den ganz Grossen dazuzugehören. In diesem unbedingten Ansinnen hat man Regeln der corporate governance missachtet. Wie kam man nur auf den Gedanken, dass der Direktor des Kunsthauses zugleich auch im Vorstand der Bührle-Stiftung Platz nimmt und dem Direktor der Stiftung dasselbe Privileg zuteilwird? Welcher Teufel hat die Verantwortlichen geritten, die Herkunft der Bührle-Werke allein den sicherlich versierten, wohl oder übel aber befangenen Direktor der Stiftung klären zu lassen? Wie kann man glauben, ein Leihvertrag, der eine anrühige Bildersammlung in ein öffentliches Haus überführt und somit weisswäscht, könne geheim bleiben? Und welcher PR-Fiesling war mit dem Rat zur Stelle, alle Vorhaltungen zu dementieren, zu vernüteln und eine kommunikative Trutzborg zu errichten?

Das alles kann man im Brustton der Besserwisser kritisieren. Und davon gab und gibt es in dieser Affäre wahrlich viele, das Bührle-Debakel ist ein wahres Fest der Moralfreunde. Aber man kann die zum Teil ungläublichen Versäumnisse und Verfehlungen korrigieren – wenn auch reichlich spät und ohne den Schaden wieder ganz gutmachen zu können. Man muss die Herkunft der Bührle-Bilder von einem wirklich unabhängigen Expertengremium so weit wie möglich klären lassen – und natürlich zurückgeben, was einem nicht wirklich gehört. Zudem muss man die Geschichten von Herkunft und Erwerb öffentlich und bei jedem Bild erzählen, also dem Unrecht wenigstens im Nachhinein seinen Platz in der Wahrnehmung geben. Schliesslich und endlich müssen im Kunsthaus auch personelle Veränderungen vor sich gehen. Das ist ein Ufo, das in der Stadt nie richtig gelandet ist, weil es eine Spielwiese für ein paar wenige ist. Diese Institution muss sich öffnen, auch gegenüber der freien Kunstszene. Das Kunsthaus kann nicht mehr vor allem eine Lagerhalle für Privatsammlungen sein, es muss in einen Austausch mit der Gesellschaft treten, die es wesentlich finanziert. Der Handel mit Kunst ist auch ein unsauberes Geschäft, und darüber muss man sprechen. Am besten tun es die Macher gleich selbst.

Was aber wahrlich seltsam anmutet, ist die Art und Weise, wie die politisch Verantwortlichen wenige Wochen vor den Stadtzürcher Wahlen am 13. Februar versuchen, ihre Weste weisszuwaschen. Die Stadtpräsidentin wie auch ein weiterer Stadtrat haben in den letzten Tagen Interviews gegeben, in denen sie das gemacht haben, was das Kunsthaus vielleicht hätte tun müssen: sich Asche auf das Haupt streuen. Aber haben sie das wirklich getan? Nein, insbesondere Stadtpräsidentin Corine Mauch, die als langjähriges Vorstandsmitglied des Kunsthauses in der Verantwortung steht wie keine andere Politikerin, hat die Schuld vor allem abgeschoben, auf ihre Vorgänger, auf die Stiftung – und auf den Direktor des Kunsthauses. Sie hat den ohnehin schon angeschlagenen Christoph Becker zum sofortigen Abschied freigegeben. Die Frau hat ihren Machiavelli ganz genau gelesen.

Das vorzeitige Amtsende des Kunsthausdirektors ist nur ein Bauernopfer, das die eigenen Versäumnisse in der Aufsichtspflicht verdecken soll. Es stellt der Stadt kein ruhmreiches Zeugnis aus, dass sie dem Treiben im Kunsthaus so lange tatenlos zugesehen hat. All dies ist nur dadurch zu erklären, dass auch die rot-grüne Mehrheit, welche die Geschicke der Stadt schon so lange lenkt, vom Virus des Standortmarketings befallen ist. Ist es nicht gleichsam eine Ironie der Geschichte, dass eine Linke den schnöden Mammon über die sorgfältige Aufarbeitung und Präsentation der Kunstsammlung eines Waffenhändlers stellt? Natürlich kann man jetzt lang und breit darüber diskutieren, dass die Schweiz nicht an die weniger ruhmreichen Kapitel ihrer Vergangenheit erinnert werden will. Das sind grösstenteils Ausflüchte, welche die Geschichte in Geiselhaf für die Fehler in der Gegenwart nehmen will.

Nein, die Stadt wollte möglichst schnell in der obersten Kunstliga mitspielen. Und da hat die Politik, die sich an der Sonne von Stararchitektur und edler Kunst wärmen wollte, gern beide Augen zugedrückt.